

Zusammenbruch und Wiederaufbau

Von

Adam Stegerwald

Staatsminister a. D.



1 9 2 2

Berlin-Wilmersdorf,
istlicher Gewerkschafts-Verlag

Der gute Gewerkschaftler

ist stets eifrig bemüht, sein Wissen und Können zu vervollkommen.

Eine Quelle gewerkschaftlicher Bildung sind die von uns herausgegebenen und von hervorragenden Führern verfaßten Schriften:

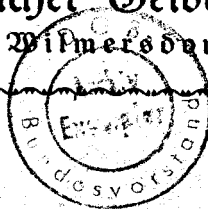
Die christlichen Gewerkschaften	Mk. 6.—
Gemeinwirtschaftl. Grundzüge christlicher Sozialauffassung	„ 5.—
Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften	„ 7.—
Die Gewerkschaft als Organ der Volkswirtschaft von Dr. Theodor Brauer	„ 4.—
Leitfaden für Betriebsratsmitglieder	„ 15.—
Deutsche Lebensfragen, von Staatsminister a. D. und Vorsitzenden des D. G. B. Adam Stegertwald	„ 2.—
Christentum und Sozialismus, von Dr. Th. Brauer	„ 1.50
Handbuch für die Mitarbeiter in der Jugendbewegung der christlichen Gewerkschaften	„ 8.—
Berufsberatung. Eine Quellsammlung hervorragender Autoren für die Lösung des Berufsproblems	„ 3.—
Unterrichtskurse. Eine Anleitung	„ 1.50
Die Ortskarteile innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung	„ 2.—
Essener Kongreß 1920. Niederschrift der Verhandlungen	„ 17.50

Weitere Schriften folgen.

Bestellungen mit der Aufschrift „Bücherbestellung“ und ohne weitere schriftliche Mitteilung werden für ein ermäßigtes Porto befördert.

Christlicher Gewerkschaftsverlag

Berlin-Wilmersdorf, Kaiser-Allee 25 I



AKO - 26009

A. Lücke

Zusammenbruch und Wiederaufbau

Von

Adam Stegerwald

Staatsminister a. D.



1 9 2 2

Berlin-Wilmersdorf,
Christlicher Gewerkschafts-Verlag

Vorwort.

Die nachstehenden Darlegungen stellen die Kerngedanken eines Vortrages dar, der an mehreren Plätzen Deutschlands überwiegend vor Mitgliedern des deutschen Gewerkschaftsbundes gehalten wurde. Von einer literarischen Umarbeitung des Stoffes wurde absichtlich abgesehen. Der Druck des Vortrages war abgeschlossen vor den durch die Ermordung Dr. Rathenaus eingetretenen neuen politischen Ereignissen. Diese Ereignisse haben übrigens aber an meinen Auffassungen nichts zu ändern vermocht.

Der Verfasser.

Deutschland hat durch die Vorgänge der letzten Jahre einen gewaltigen Zusammenbruch erlitten, der sich auf die verschiedensten Gebiete erstreckt. Mit am größten ist der Zusammenbruch des Staates. Auf staatlichem Gebiete hat Deutschland überhaupt eine eigenartige Geschichte aufzuweisen. Ehedem, im Zeitalter des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, war Deutschland nicht nur geographisch, sondern überhaupt der Mittelpunkt der Welt. Nicht deshalb, weil es einen besonders starken Staat darstellte, sondern weil die Nachbarstaaten Deutschlands alle schwach waren. Später hat sich das Bild gründlich geändert. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation ist zerfallen, an seine Stelle sind in Deutschland die Kleinstaaten getreten, während die Nachbarstaaten Deutschlands, insbesondere England, Frankreich und Rußland immer mehr erstarkten. Deutschland dagegen wurde durch seine Kleinstaaterei zur politischen Ohnmacht verurteilt und von seinen Nachbarn nicht selten als Spielball für ihre Interessen gebraucht. Noch bis zum Jahre 1870 stand der Süden Deutschlands stark unter französischem, der Nordosten unter russischem und der Nordwesten unter englischem Einfluß.

Dieses Bild hat Bismarck, als er im Jahre 1862 Preußischer Ministerpräsident geworden war, mit einem Schlage zu ändern versucht und in kurzer Zeit geändert. Er hatte sich zum Ziele gesetzt, die früheren Versäumnisse in der deutschen Politik nachzuholen, insbesondere aber die Mängel des Wiener Kongresses von 1814, auf dem Europa nach dem Napoleonischen Kriegen bereinigt werden sollte, zu beseitigen. Bismarck fand Preußen vom geographischen Standpunkt aus gesehen als die Karrikatur eines Staatswesens vor. Im Osten schob sich Polen in die preußischen Grenzen hinein; in der Mitte trennten das Königreich Hannover und Kurhessen den östlichen und westlichen Teil des Landes. Im Norden waren Preußen einige Kleinstaaten (Oldenburg, Hamburg)

der Nordsee vorgelagert und ihm dadurch der Ausgang zum Weltmeer erschwert; im Westen schoben sich die auf dem Wiener Kongreß aus den ehemaligen Rheinbundstaaten gebildeten Niederlande zwischen Preußen und dem Atlantik.

Bismarck stand auf dem Standpunkt, daß, nachdem 1848 ein Groß-Deutschland nicht zustande gekommen war, jetzt nicht mehr mit diplomatischen Verhandlungen voranzukommen sei, sondern kräftig zugepackt werden müsse. Er sah daher seine erste Aufgabe in der preußischen Militärreform. Als ihm dabei der Preußische Landtag die Gefolgschaft versagte, führte er die Militärreform eigenmächtig durch. Es kam der Krieg von 1864 zwischen Preußen und Oesterreich einerseits und Dänemark andererseits, der damit endete, daß Schleswig-Holstein Preußen einverleibt, und dieses dadurch den ungehinderten Zugang zum Weltmeer fand. Der Krieg von 1866 drehte sich um die Frage der Vormachtstellung zwischen Preußen und Oesterreich unter den deutschen Staaten. Er endete zugunsten Preußens und brachte die Einverleibung Hannovers und Kurhessens zu Preußen, wodurch dieses jetzt ein abgerundeter Großstaat wurde. Es folgte 1870 der Krieg mit Frankreich, der die politische Einigung Deutschlands brachte.

Jetzt hatten wir seit Jahrhunderten in der Mitte Europas wieder ein starkes deutsches Reich. Deutschland wurde so stark, wie noch niemals vorher. Ob die Methoden Bismarcks, seine Mittel und Wege die einzig möglichen waren, um zu diesem Ziel zu gelangen, ist heute noch umstritten, der Erfolg war jedenfalls unbestritten. Deutschland wurde jetzt nicht nur ein starker Kontinentalstaat, wir wuchsen auch in die Weltwirtschaft hinein, wir bekamen an den verschiedensten Plätzen der Welt Kolonien, um die wir im Gegensatz zu den anderen Ländern keine Kriege zu führen brauchten. Wir waren wirtschaftlich zu einer der ersten Mächte der Welt emporgestiegen. Der Weltkrieg und seine Auswirkungen brachten dann urplötzlich den Zusammenbruch. Es wurde nicht nur das Reich Bismarcks, sondern auch der Staat Friedrichs des Großen in seinen Grundfesten erschüttert. Neben Elsaß-Lothringen wurden die Provinzen Posen und Westpreußen Deutschland abgenommen und Ost-

preußen durch den polnischen Korridor geographisch von Preußen und Deutschland abgesperrt.

Was wir in den letzten Jahren erlebt haben, hätte ohne Zweifel nicht zu kommen brauchen. Heute steht fest, daß wir vor dem Krieg und auch während des Krieges eine Reihe großer politischer Fehler gemacht haben. Bülow hat solange die Politik der offenen Tür betrieben, bis schließlich sämtliche Türen für Deutschland abgeriegelt waren. Der größte Fehler während des Krieges war, daß wir in Verbindung mit Oesterreich das Königreich Polen ausgerufen haben. Dadurch wurde die in der Luft liegende Friedensmöglichkeit mit dem alten Rußland, das die Revolution dunkel kommen sah, vereitelt. Bei dem rechtzeitigen Frieden mit Rußland würden sich zweifellos auch die Vereinigten Staaten nicht mehr an dem Krieg beteiligt haben.

Trotzdem diese politischen Fehler offen zutage liegen, muß andererseits zugegeben werden, daß es in Mitteleuropa sehr viel schwieriger ist, einen festen Staat zu bauen und in diesem Staat dauernd gute Politik zu machen, als in den Ländern, die an der Peripherie Europas liegen. Deutschland weist nämlich eine Anzahl Schwächen auf, die andere Länder nicht in ähnlichem Umfange kennen.

Zunächst ist die Lage Deutschlands vom militärisch-strategischen Standpunkt aus gesehen sehr ungünstig. Deutschland ist das Herz Europas. Es war immer, besonders in den letzten Jahrzehnten zwischen den verschiedenen Großstaaten eingekeilt. Auf deutschem Boden vornehmlich sind von altersher die europäischen Erschütterungen ausgetragen worden: der Dreißigjährige Krieg, der Polnisch-Schwedische Krieg, der Spanische Erbfolgekrieg, der Siebenjährige Krieg und die Napoleonischen Kriege. Der letzte große Krieg, der nicht auf deutschem Boden ausgekämpft wurde, sah uns trotzdem zum Schlusse als Hauptleidtragende. Die Lage eines Landes ist mitbestimmend für die politische Denkweise eines Volkes. Die politische Denkweise des deutschen Volkes ist teils weltanschaulich, weltumfassend, teils kleinstaatlich partikularistisch eingestellt. Diese Denkweise rührt nicht her von gestern, sie kann vielmehr auf Jahrhunderte zurück verfolgt

werden. Sie hat die deutschen Kaiser des Mittelalters bestimmt, Eroberungszüge nach Italien und in den Orient zu machen, während sie zur gleichen Zeit Einheit und Wohlhabenheit im Innern haben zerfallen lassen. Auf dieselbe Denkweise ist letzten Endes auch die Einstellung der deutschen Sozialdemokratie zurückzuführen. Ihre Gedankenwelt ist auf eine angeblich weltbeglückende Menschheitsidee aufgebaut, die nicht organisch gewachsen, sondern abstrakt gedacht ist, während man die Begriffe Heimat, Volk, Staat und Nation bei den sozialistischen Arbeitermassen Deutschlands hat verkümmern lassen. Neben der weltumfassenden Denkweise auf der einen Seite können wir beobachten, wie auf der anderen Seite die allerbreitesten Schichten des deutschen Volkes insbesondere politisch nur so weit sehen, als die heimatischen Kirchtürme erkennbar bleiben. Auf konkrete Möglichkeiten der deutschen Politik dagegen war die politische Betrachtungsweise des deutschen Volkes nie eingestellt.

Das Deutschland des deutschen Staates ist sodann ein ganz anderes, als das Deutschland des deutschen Volkes. Es leben rund 80 Millionen Deutsche in der Welt, davon nur 60 Millionen in Deutschland. Von den restlichen 20 Millionen leben etwa 14 Millionen in Ländern, die an Deutschland angrenzen; einige Millionen Deutsche in Polen, in der Tschechoslowakei, in der Schweiz und in Frankreich. Es existiert ein besonderer deutsch-österreichischer Staat. Rein anderes Volk Europas hat in ähnlicher Weise seine Bevölkerung auf mehrere Staatsverbände zersplittert.

Das deutsche Volk ist nicht in dem gleichen Maße ein einheitliches Volk wie etwa die Franzosen, insbesondere aber nicht wie die Engländer. Dadurch, daß zur Sicherung des Staates mehrfach die deutschen Grenzen verschoben werden mußten und weil die europäischen Erschütterungen immer wieder auf deutschem Boden ausgetragen wurden, sind wiederholt fremde Völker und Stämme auf Deutschlands Boden geworfen worden, an denen fortgesetzt Kolonisationsarbeit geleistet werden mußte. Auch für das Reich als Ganzes hat es nie einen feststehenden geographischen Begriff gegeben. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation stellte ein ganz anderes Deutschland vor, als das im Jahre 1871 gebildete. Früher

hatte Deutschland seine größte Ausdehnung vom Norden nach dem Süden über den Böhmerwald bis nach Oberitalien hin. Im Reich von 1871 war die Achse völlig gedreht; dieses hatte seine größte Ausdehnung vom Südwesten nach Nordosten, von Elsaß-Lothringen bis Posen und Ostpreußen. Kein Volk Europas hat eine solch ungünstige Entwicklung durchmachen müssen, als das deutsche. England konnte beispielsweise nach der Normanneneinwanderung, weil ihm durch das Meer feste Grenzen gezogen waren, jahrhundertlang an der Entwicklung seines Volkstums arbeiten. Nur dadurch ist es ihm möglich geworden, daß es später sein Weltreich aufbauen und erhalten konnte. Nur ein Volk, das in den großen entscheidenden Fragen einig ist im Innern, kann dauernd eine führende Stelle in der Welt einnehmen und behaupten.

Nach den napoleonischen Unterdrückungen vor hundert Jahren stellte sich die politische Denkweise des deutschen Volkes auf den Anffhäusertraum ein. Das deutsche Volk, das bei den Napoleonischen Kriegen noch teilweise gegeneinander gekämpft hatte, wünschte nunmehr wieder in einem einheitlichen Reich mit einem Kaiser an der Spitze verbunden zu werden. Dieses Ziel wurde dann auch mit 1871 erreicht. Die damaligen Vorgänge bedeuteten aber bloß staatliche Einigung. Sie brachten nicht die Einigung des deutschen Volkes. Auch nachher ist nur wenig für diese Einigung geschehen, wohl aber viel für die weitere politische Veruneinigung. Die Kulturkampfgesetze ließen die Katholiken in kein inneres freundliches Verhältnis zu dem neuen Reich kommen. Das Sozialistengesetz brachte die Sozialdemokratie in die schärfste Oppositionsstellung zum Staat.

Dazu kommt, daß die Glaubensspaltung in unserem deutschen Volke nicht bloß in geistiger Hinsicht, sondern auch durch ihre politischen Begleitererscheinungen bewirkt hat, daß Katholiken und Protestanten keine einheitliche Grundeinstellung zum Staate bekamen.

Deutschland ist endlich das Land, in dem der Idee nach die sozialen Gegensätze sich am stärksten herausgebildet haben. Ich sage der Idee nach, denn in Wirklichkeit traten die sozialen Gegensätze in anderen Ländern schärfer in die Erscheinung als in Deutschland. Ich spreche da aus eigenen Beobachtungen und Vergleichen.

Wenn man sich beispielsweise in den Abendstunden im Osten Londons aufhält und beobachtet, wie die dort wohnenden Dockarbeiter sich herumtreiben und leben und man begibt sich darauf zur City Londons und sieht, wie dort die englische Aristokratie mit einem Luxus und einem Pomp zum Theater fährt, so sind mir ähnlich krasse soziale Bilder in Deutschland nicht aufgestoßen, trotzdem insbesondere in Berlin auf diesem Gebiete auch allerlei geleistet wird. Wenn man schließlich die belgischen Bergbaubezirke durchwandert und sieht, wie nach Beendigung der Schicht die Frauen schwarz wie die Raminkehrer den Schächten entsteigen und in dieser Verfassung über die Straße nach Hause gehen und vergleicht demgegenüber, daß in Deutschland die unterirdische Frauenarbeit im Bergbau schon seit längerer Zeit verboten, und die männlichen Bergarbeiter nach jeder Schicht ihr Bad nehmen und gereinigt, wie die übrigen Menschen, nach Hause gehen, so spricht diese Beobachtung jedenfalls nicht zuungunsten Deutschlands. An den Hafenplätzen von Lissabon, Barcelona, Marseille, Neapel usw. kann man sodann ein Lumpenproletariat antreffen, wie man es in den deutschen Hafenstädten Hamburg, Emden, Stettin, Königsberg usw. bestimmt nicht vorfindet.

Durch die partikularistische, kastenpolitische, klassenpolitische und teilweise auch konfessionelle Grundeinstellung des deutschen Volkes hat dieses weder weltpolitisch noch weltwirtschaftlich denken gelernt. Daher kommt es, daß selbst in der gegenwärtigen Stunde, wo uns die Entente ständig die Hand an die Gurgel hält, wir uns auf die innerpolitischen Gegensätze verbeißen, wir uns um Partikularismus und Unitarismus, zwischen Norden und Süden, zwischen Katholizismus und Protestantismus, zwischen Besitz und Nichtbesitz, zwischen Stadt und Land, zwischen gebildeten und breiten Volksschichten ständig auseinandersetzen und so immer hervorkehren, was uns trennt, nicht aber sehen, was uns eint. Die aufgeführten Tatsachen machen es verständlich, warum Deutschland bis 1914 so war, wie wir es vorfanden, machten es verständlich, weshalb Friedrich der Große, nachdem in Mitteleuropa alles zentrifugal auseinanderstrebte, den Preußischen Ordnungs- und Autoritätsstaat geschaffen hat, machen es verständlich, warum bei uns

der militäristische Geist sich solange behaupten, warum der demokratische Gedanke in Deutschland sich so schwer durchsetzen konnte. Die angedeuteten geschichtlichen Tatsachen bilden auch den Schlüssel für manche Vorgänge der neueren Zeit. Nachdem die politische Einigung Deutschlands im Jahre 1871 vollzogen war, haben sich die Kräfte, die bei uns seit langer Zeit schlummerten, intensiv geredet und entfaltet. Sie haben sich dabei sehr einseitig auf das Wirtschaftsleben, auf Industrie, Handel und Verkehr geworfen; einmal, weil hier das meiste Geld verdient wurde, dann aber auch deshalb, weil zur eigentlichen Staatsführung die breiten Volksschichten nicht ausreichend herangezogen wurden. Die Staatsführung im großen blieb vielmehr einem kleinen Kreis von Adels- und Beamtenfamilien vorbehalten. Sie waren allein nicht imstande, die geistigen Kapazitäten dauernd hervorzubringen, die erforderlich wären, um ein so schwieriges Reich in Mitteleuropa, das in kurzer Zeit innen- und außenpolitisch sehr mächtig geworden war, politisch gut zu führen.

So sind wir in die Katastrophe von 1914 hineingetaumelt.

Diesen geschichtlichen Rückblick habe ich gegeben, um den deutschen Arbeitern und dem deutschen Volke unser Elend und die primitivsten Zusammenhänge für sein staatliches Sein plastisch vor Augen zu führen. Nun stehen wir vor einem Trümmerhaufen. Wir müssen wieder aufbauen. Den Ausgangspunkt dafür hat abzugeben Deutschlands außenpolitische und nicht etwa seine innerpolitische Lage.

Wir haben uns klar zu werden, daß wir bei der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches und Volkes von dem Versailler Vertrag und den Reparationsleistungen auszugehen haben. Nach dem Londoner Ultimatum soll Deutschland jährlich $3\frac{1}{4}$ Milliarden Goldmark, nach den Canner Feststellungen etwa $2\frac{1}{4}$ Milliarden Goldmark leisten. Diese Summen kann Deutschland bei der gegenwärtigen Verfassung seiner Wirtschaft nicht aufbringen. Wir waren 5 Jahre blockadiert und mußten während dieser Zeit aus der Substanz unserer Wirtschaft schöpfen. Dann hat man uns seit dem Waffenstillstand ohne Landabtretungen rund 50 Milliarden Goldmarkwerte abgenommen und damit unsere Wirtschaftskräfte außerordentlich geschwächt. Man hat uns unsere

Auslandsguthaben und unsere Handelsflotte genommen, so daß wir in vielfacher Hinsicht wirtschaftlich vor Neuland stehen. Für unbedingte Erfüllungspolitik im Sinne der französischen Forderungen eintreten, wie das vielfach im sozialdemokratischen Lager geschieht und daneben gleichzeitig für Aufrechterhaltung des Achtstundentages, ist ein Widerspruch. Eines von beiden ist nur möglich, oder aber Deutschland müßte weiter aus seiner Vermögenssubstanz wirtschaften. Das ginge schließlich für einige Jahre. Dann würde sich aber sehr klar herausstellen, daß die deutsche Wirtschaftsbasis zu schmal geworden ist, um weiterhin zehn und mehr Millionen industrielle und gewerbliche Arbeiter beschäftigen und ernähren zu können. Die deutschen Arbeiter wären auf die Dauer die Hauptleidtragenden dieser Politik.

Den Mittelpunkt der großen Politik bilden gegenwärtig die Verhandlungsergebnisse von Genua und ihre Fortsetzung im Haag sowie die Pariser Anleiheverhandlungen. Bei diesen Erörterungen streiten sich zwei Weltanschauungen: die eine vertritt den Standpunkt, daß Europa nach den Vorgängen der letzten acht Jahre einen wahren Frieden, wenigstens aber einen längeren Waffenstillstand braucht, und daß dieser nur erzielt werden könne auf dem Boden der weltwirtschaftlichen Vernunft und durch einen Ausgleich der gegenseitigen Interessen. Die andere Auffassung will den militärischen Sieg Frankreichs dahin ausgemünzt wissen, daß Frankreich, wenn nicht dauernd, dann wenigstens für lange Zeit die politische und wirtschaftliche Vormachtstellung in Europa zufällt. Die einen sagen, solange Deutschland, Oesterreich und Rußland nicht gesunden, ist an eine Gesundung der übrigen Welt nicht zu denken. Heute leben etwa 250 Millionen Menschen in der Welt in Ländern mit guter Valuta. Diese können ihre Menschen nicht beschäftigen und ihre aufgestapelten Waren nicht loswerden, weil daneben ebenfalls 250 Millionen Menschen leben in Ländern mit schlechter Valuta. Länder und Erdteile, wie China, Afrika usw. können Amerika, England und den Neutralen die überschüssigen Waren nicht abnehmen, weil sie dafür keinen Bedarf haben. Deutschland, Oesterreich und Rußland haben Bedarf, aber nur geringwertiges Geld, mit dem sie diese Waren ebenfalls nicht kaufen können. So kommt es, daß in

amerikanischen Bezirken Weizen und Baumwolle verbrannt wird, während in Rußland ein Massensterben vor Hunger erfolgt, und Millionen Menschen sich nicht mehr kleiden können.

Die Länder und Völker denken nicht einheitlich. In England und Amerika denkt man überwiegend wirtschaftlich, in Frankreich dagegen überwiegend geistig-politisch. Die Engländer fühlen sich als die geborenen Wirtschaftsführer der Welt, die Franzosen als die geborenen politisch-geistigen und zivilisatorischen Führer Europas. Ob sie das sind, darauf kommt es nicht an. Sie fühlen sich als das. In Frankreich kämpfen gegenwärtig ebenfalls zwei Anschauungen miteinander; eine, die davon ausgeht, daß Frankreich in absehbarer Zeit wohl nicht wieder so stark werde, wie es gegenwärtig sei, und daß daher die Gegenwart rücksichtslos ausgenutzt werden müsse. Die andere Auffassung geht von der Annahme aus, daß sich Frankreich bei solcher Politik übernehmen könne, und dann in absehbarer Zeit sich ganz Europa, vielleicht sogar einschließlich Amerikas, gegen Frankreich verbünden und diesem dann viel mächtigere Schläge beigebracht werden könnten, als es vor 100 Jahren bei Leipzig und Waterloo erhalten hat. Die erste Anschauung wird von Poincaré geführt. Der zweiten suchte Briand zum Durchbruch zu verhelfen. Einstweilen ist Briand gescheitert und Poincaré obenauf.

Deutschland war in den letzten 3½ Jahren lediglich Objekt der großen Politik. Es muß jetzt wieder mit Nachdruck Subjekt in der Weltpolitik zu werden suchen. Deutschland kann heute der Welt in politischer und finanzieller Hinsicht nicht viel bieten. Wohl aber weist es vom verkehrs- und wirtschaftspolitischen Standpunkt aus gesehen, eine günstige Lage auf. Ohne die Gesundung Mitteleuropas ist an einen Aufbau des Ostens nicht zu denken. Deutschland verfügt schließlich über gute technische Leistungsmöglichkeiten und über tüchtige Menschen, tüchtige Hand- und Kopfarbeiter. Diese Tatsachen und Möglichkeiten müssen planmäßig und nachdrücklichst in den Dienst der deutschen Außenpolitik gestellt werden. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit muß immer wieder und immer lauter in die Welt hinausstreben: Wir wollen leisten, was wir können; die

gegenwärtigen französischen Forderungen aber können wir nicht erfüllen.

Die Widerstandskraft des deutschen Volkes muß nach Kräften gestärkt werden. Das geht nicht mit Säbelrasseln. Wir sind ja militärisch wehrlos gemacht. Doch darf unser Volk nicht dauernd mit Schafsgeduld alles ruhig hinnehmen, was die Entente ihm zumutet; auch muß dem Entnervungs- und Zermürbungsprozeß, den die französische Politik gegen das deutsche Volk darstellt, nachdrücklichst entgegengearbeitet werden. Das deutsche Volk muß sich wie ein Mann dagegen wehren, daß es unter fremdländische, insbesondere französische Sklavenherrschaft gebracht werden soll. Die Herstellung einer geschlossenen Front im Innern gegen die uns zugeordneten Sklavenketten ist wichtiger als der abgedroffene innerpolitische Streit zwischen den Parteien, zwischen Norden und Süden, zwischen Stadt und Land, wichtiger als der politische Streit zwischen Katholizismus und Protestantismus und für den Augenblick bestimmt auch wichtiger als die Frage, ob Republik oder Monarchie. — Wir müssen schließlich als deutsches Volk geschlossen den Kampf aufnehmen gegen die Schuldlüge. Das deutsche Volk ist an der Weltkatastrophe sicher nicht mehr schuldig, wie irgend ein anderes der beteiligten Völker. Die Schuldlüge aber bildet das Fundament, auf dem der Versailles Vertrag aufgebaut ist.

Innenpolitisch stehen wir ebenfalls vor einem Trümmerhaufen. Die Fundamente und Stützen des alten Staates sind zusammengebrochen oder erschüttert: Autorität, Ordnungssinn, Disziplin, Heer, Polizei, Adel, die Repräsentanten der Religionsgesellschaften, die Führer von Landwirtschaft, Industrie und Handel sind entweder in ihrem Einfluß ganz bedeutend zurückgedrängt oder in ihren Stellungen überhaupt erschüttert. Wir müssen wieder aufbauen. Dabei entsteht die Frage: was können wir ändern und was können wir nicht ändern?

Was wir nicht ändern können, ist zunächst die Lage Deutschlands. Deutschland bleibt nach wie vor das Herz Europas, was vom militärisch-strategischen Standpunkt aus gesehen, ungünstig, vom wirtschafts- und verkehrspolitischen Standpunkt aus

gesehen, günstig ist. Auf diese Tatsache haben wir unsere Gesamtpolitik unter total veränderten äußeren Machtverhältnissen im Vergleich zu früher einzustellen. Wir müssen weiter uns darüber klar werden, daß, wenn Frankreich seine derzeitige intransigente Politik nicht auf die Spitze treibt, wir durch militärische Machtenfaltung unsere Lage in absehbarer Zeit nicht werden ändern können. Wenn Frankreich allerdings fortfährt, Poincarésche Politik zu machen, dann kann eintreten, was Lloyd George in Genua gesagt hat, daß selbst die greisen Häupter der Gegenwart noch ein zweites großes europäisches Blutbad erleben können.

Wir können endlich nicht ändern die Glaubensspaltung in Deutschland. Diesen Dingen müssen wir ins Auge sehen und insbesondere alle jene, die eine Einheitskirche in Deutschland herbeiführen möchten und darin allein die Wiederaufstiegsmöglichkeiten Deutschlands sehen, als das behandeln, was sie sind: Schwärmer.

Was wir aber ändern können und ändern müssen, ist die politische Denkweise, die politische Gesinnung des deutschen Volkes. Sie darf weder weltchwärmerisch, noch eng partikularistisch, noch extrem kasten- und klassenpolitisch, auch für die großen politischen Fragen nicht engherzig konfessionell eingestellt sein. Wir können den neuen Staat nicht wieder auf eine dünne Oberschicht aufbauen und ihn von ihr stützen lassen. Es muß vielmehr ein staatsbejahendes, staatsfreundiges Verhältnis bei den allerbreitesten Schichten herbeizuführen versucht werden. Gelegentlich des Preußischen Wahlrechtskampfes im Juli 1918 führte ich in einer Rede im Preußischen Herrenhaus aus, daß es doch seltsam sei, daß breite Schichten in Deutschland, insbesondere viele Arbeiter, sich starke Organisationen geschaffen, für diese durchs Feuer gehen und an sie teilweise höhere Beiträge freiwillig abführen, als sie an den Staat direkte Steuern leisten müssen, während die gleichen Leute im Staat nur den Schutzmann und den Steuereinnahmer gesehen hatten. Es war ohne Zweifel das große Manko des alten Regimes, daß es nicht verstanden hat, Volk und Staat zusammenwachsen zu lassen.

Gegenwärtig sieht es allerdings in bezug auf positive warmherzige Staatsgesinnung in Deutschland noch trostloser aus. Die Schichten, die den alten Staat stützten, stehen den neuen Verhältnissen entweder teilnahmslos oder feindlich gegenüber. Und die Schichten, die an sich den neuen Staat stützen sollten, haben zu ihm ebenfalls noch kein inneres Verhältnis gefunden. Das trifft insbesondere zu für das sozialdemokratische Lager. Eine geschlossene Sozialdemokratie ist in Deutschland nur möglich in Oppositionsstellung zum Staat. Eine geschlossene positiv gerichtete Sozialdemokratie erscheint mir für absehbare Zeit in Deutschland ausgeschlossen. Weil aber die deutsche Sozialdemokratie jahrzehntelang eine geschlossene Partei war, und man diese wieder herbeijehnt, können wir beobachten, wie auch die Mehrheitssozialdemokratie trotz ihrer Heranziehung zur Staatsführung nach der Revolution gegenwärtig keinen festen innerlich warmen Standpunkt zum neuen Reich gewinnen kann, wie sie vielmehr zwischen ihrem alten Agitationsbedürfnis auf der einen und den Staatsnotwendigkeiten der Gegenwart auf der andern Seite hin- und herpendelt. Mit dem Agitationsbedürfnis politischer Parteien aber läßt sich der zusammengebrochene Staat nicht wieder aufbauen. Dies insbesondere der Sozialdemokratie zum Bewußtsein zu bringen, war mit der Zweck meiner vorjährigen Preußischen Ministerpräsidentenschaft. Während derselben bin ich von der Sozialdemokratie sehr scharf angegriffen und als Reaktionär, als Rechtser usw. hingestellt worden. Dazu habe ich heute nichts mehr zu bemerken, weil im November 1921 die preußische Mehrheitssozialdemokratie das getan hat, was ich im April 1921 von ihr forderte. Ein Blatt der äußersten Linken hat denn auch im November 1921 geschrieben, daß nach dem Vorgefallenen ich in Wahrheit der Wegweiser der Mehrheitssozialdemokratie geworden sei. Ich sah die Gesamtlage Deutschlands im April 1921 folgendermaßen: Aus eigener Kraft allein vermag sich das deutsche Volk aus den mißlichen Verhältnissen der Gegenwart nicht herauszuarbeiten. Es muß sich vielmehr irgendwo anlehnen. Dafür gab es damals m. E. nur zwei Möglichkeiten: entweder Deutschland lehnt sich an Moskau an. Moskau steht auf dem Standpunkt,

daß die Friedensverträge der letzten Jahre keine Friedensverträge seien, daß diese beseitigt und die Grundlage zu einer neuen Ordnung auf dem Wege der Weltrevolution gewonnen werden müsse. Die Beschreitung des russischen Weges würde für uns zur Folge haben, daß im nächsten Jahrzehnt 20 Millionen Deutsche verhungern müßten. In Deutschland liegen die Verhältnisse wesentlich anders als in Rußland, weil im Gegensatz zu Rußland ein großer Bruchteil seiner Gesamtbevölkerung in Großstädten und Industriezentren wohnt. Wenn so Moskaus Politik in Deutschland nicht möglich ist, und von dort allein ganz bestimmt nicht die deutsche Rettung kommen kann, dann verbleibt für Deutschland kaum ein anderer Weg, als eine möglichst enge Anlehnung an die Staaten, in denen man überwiegend wirtschaftlich denkt. Das sind England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Will man aber in diesen Ländern Vertrauen in die deutsche Staats- und Wirtschaftsführung gewinnen, dann müssen auch die führenden Kräfte des Wirtschaftslebens mit vor den deutschen Staatswagen gespannt werden. Das waren für mich die außenpolitischen Gesichtspunkte für die von mir für Preußen erstrebte große Koalition. — Innenpolitisch kann in Preußen, das Großstaat ist, nicht ähnlich Politik gemacht werden, wie sie in den letzten Jahren in Sachsen, Braunschweig und Thüringen betrieben wurde. In diesen Ländern wählen etwa 51% der Bevölkerung sozialdemokratisch und 49% nichtsozialistisch. Die 51% einschl. der Kommunisten bilden die Regierung und bringen es damit zu Wege, daß die anderen 49% der Bevölkerung in geschlossener Opposition zur Staatsführung stehen. Der alte Staat, der auf mächtigen äußerlichen Machtmitteln, auf einer fest fundamentierten Wirtschaft usw. beruhte, konnte eine starke Opposition gegen seine Staatsführung leidlich ertragen. Im gegenwärtigen schwachen Deutschland ist es ausgeschlossen, mit Erfolg an den Wiederaufbau heranzutreten, wenn nahezu die Hälfte der Gesamtbevölkerung in geschlossener Opposition zum Staate steht. In der Zwischenzeit haben wir dann auch sehen können, wie in Braunschweig sogar die Unabhängige Sozialdemokratie sich mit der Deutschen Volkspartei in eine Koalition eingelassen hat. Die politischen Vorgänge

des letzten Jahres, der Verlauf der Genua-Konferenz usw. haben mir in meinen politischen Anschauungen gelegentlich der Regierungsbildung in Preußen im Frühjahr 1921 restlos recht gegeben.

Wenn also ein angemessenes Verhältnis zwischen den breitesten Volksschichten und dem Staate herbeigeführt werden muß, dann bedeutet das natürlich nicht, daß der Staatsführer alles das tun müsse, was die Straße von ihm fordert; in diesem Falle würde Demokratie zur Demagogie. Wahre Demokratie bedeutet nicht, daß die Politiker, Parteien oder gar die Straße in alles hineinzureden haben, sie besteht vielmehr in der Erziehung des Volkes zur Erkenntnis der Staatsnotwendigkeiten und Staatsmöglichkeiten, wahre Demokratie bedeutet Besorgtfeln aller um den Staat. Auch die Demokratie braucht harte Führer, die sich nicht von Massenstimmungen, die wechseln, schieben und drängen lassen. Die Demokratie muß ihre Führer wählen und ihnen angemessene Bewährungsfristen geben. Erst wenn diese abgelaufen, und die notwendigen Erfolge ausgeblieben sind, ist die Stunde gekommen, den ungeeigneten durch einen geeigneter scheinenden Führer zu ersetzen. Erstes innerpolitisches Erfordernis für den deutschen Wiederaufbau ist also die richtige Einstellung, die Schaffung eines guten Verhältnisses zwischen den allerbreitesten Volksschichten und dem Staat.

Zweites Erfordernis ist: Stetigkeit in der Politik. Heute fehlt unserm Staatswesen noch der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht. Früher waren dieser für das Reich der Kaiser, für die Einzelstaaten die Monarchen. Die Diskussion über die Wiedereinführung des monarchistischen Systems in Deutschland kann m. E. zu nichts führen. Mithin müssen wir uns nach anderen festen Mittelpunkten umsehen. Heute fehlt dem deutschen Volke die überragende Führerpersönlichkeit mit allseitigem Vertrauen. Es fehlt ihm weiterhin die feste Linie im Parteiwesen. Die deutsche Aufbaupartei, um die sich alles schart und gruppiert, was positiv mitarbeiten möchte, ist nicht da. Heute gibt es von den Deutschnationalen bis zur Mehrheitssozialdemokratie in allen Parteien Politiker und Massen, die in nationaler, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ziemlich ein und dasselbe wollen. Sie

können aber nicht zu positiver politischer Aufbau- und Gemeinschaftsarbeit zusammengefaßt werden, weil die Parteigrenzen im wesentlichen noch ebenso abgesteckt sind, wie in der Zeit vor dem Kriege unter total anderen politischen Verhältnissen und Voraussetzungen.

Vor zwei Jahren habe ich auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Essen einen Vortrag über deutsche Lebensfragen gehalten, der weitgehende Beachtung gefunden hat. In der Zwischenzeit sind manche Kreise gegenüber meinen in Essen in bezug auf das Parteiwesen vertretenen Anschauungen kleingläubig geworden. Sie sahen nicht schnell genug Erfolge. Das ist eine Verkennung der Gesamtlage, vor der wir gegenwärtig stehen. Meine Essener Ausführungen verfolgten ein sehr viel größeres Ziel als eine bloße äußerliche und organisatorische Umgestaltung des deutschen politischen Parteiwesens. Ich wünschte allerdings, daß die politischen Dinge der Gegenwart anders gesehen werden möchten, als dies meist durch die politischen Parteien geschieht. Ich habe beispielshalber kein Verständnis dafür, daß wir, von kurzen Unterbrechungen abgesehen, seit der Revolution es im Reichstag noch nicht zu einer festen parlamentarischen Mehrheit, zu einer festen Koalition bringen konnten. Wir streiten in derselben Stunde, in der ein großes Volk mit stolzer Geschichte unter fremdländische Sklavenherrschaft gebracht werden soll, und wo wir sehr nahe an die deutsche Finanzkontrolle durch die Entente angelangt sind, überwiegend um innerpolitische und parteitaktische Fragen. Ich bin der festen Ueberzeugung: wäre man meinem Mahnruf von Essen in bezug auf die politischen Parteien besser gefolgt, dann wären wir in den letzten zwei Jahren an manchen durch die Entente uns auferlegten Demütigungen vorbeigekommen. Wir werden immer wieder größere Rückschläge in unserer Außen- und Innenpolitik erleiden, wenn sich in Deutschland nicht eine feste Parlamentsmehrheit zu einer längeren politischen Arbeitsgemeinschaft auf Gebeih und Verderb zusammenfindet und ohne Popularitätshascherei, ohne Rücksicht auf vorübergehenden Mandatsverlust den Reichswagen resolut bergauf schiebt. Gegenwärtig können wir erleben,

wie die Parteien im Reichstage den Reichswagen anstatt aufwärts zu ziehen, vielfach noch weiter in den Sumpf stoßen. Die Erkenntnis, daß es so nicht weitergehen kann, wächst ständig, und das Tempo dieses Wachstums muß nach wie vor mit Nachdruck zu beschleunigen versucht werden. Am organisatorischen Umbau des Parteiwesens konnte zudem in den letzten zwei Jahren nicht erfolgreich gearbeitet werden, weil, solange die Entente die Hand uns ständig an die Gurgel hält, es im Inneren Wichtigeres zu tun gab, als einen großen Parteienstreit auszutragen. Freilich kommen wir am ideellen Umbau des deutschen Parteiwesens — und dieser ist die Voraussetzung für den rein äußerlich-organisatorischen Umbau — nicht herum. Die Essener Ideen sind stimmungsgemäß im deutschen Volkskörper stark verbreitet. Das genügt nicht. Sie müssen sich vielmehr zur öffentlichen Meinung auswachsen und zum aufbauenden Willen werden. Auf diesem Wege befinden wir uns gegenwärtig.

Mein Essener Vortrag hat weitgehende Zustimmung gefunden. Er ist aber nicht allseitig verstanden worden. Von manchen Seiten wird gesagt, er sei lediglich eine Fortsetzung dessen, was ein Jahrzehnt vor mir Julius Bachem in seinem bekannten Artikel „Heraus aus dem Turm!“ verfolgt habe, nämlich: die Heranziehung eines größeren Teiles des evangelischen Volkes an die Zentrumspartei. Ich will mehr als das. Ich will aus der Katastrophe, von der unser Land und Volk in den letzten Jahren heimgesucht worden ist, und aus den dadurch total veränderten Gesamtverhältnissen resolut die politischen Konsequenzen und Folgerungen gezogen wissen.

Was ich verhindern will, ist einmal, daß für den Augenblick eine lediglich auf Parteirückichten aufgebaute, aber nicht den Staatsnotwendigkeiten Rechnung tragende Koalition geschaffen wird. Nicht will ich, daß die Sozialdemokratie ihre klassenkämpferische und Christentumsfeindliche Grundeinstellung und ihre leicht- weltlichwärmerische marxistische Staatsauffassung in die Zukunft hinüberretten und dann im neuen Deutschland wieder denselben verderblichen Einfluß ausüben kann, den

sie im alten Deutschland tatsächlich ausgeübt hat. Ich lasse mir die Ueberzeugung nicht nehmen, daß an dem gegenwärtigen Elend des deutschen Volkes die Sozialdemokratie mindestens den gleichen Teil der Schuld trägt, wie das alte Regime. Wenn die Sozialdemokratie nicht jahrzehntelang einen Staat im Staate, ein besonderes Klassenvolk im Gesamtvolke gebildet hätte, hätte die alte obrigkeitsstaatliche Regierung gar nicht die Politik machen können, die die Sozialdemokratie gegenwärtig den Rechtsparteien ständig entgegenhält, und die zum Zusammenbruch geführt hat. Durch das Verhalten der Sozialdemokratie sind erst die Möglichkeiten für die Politik des alten Regimes geschaffen worden. Wenn auf dem sozialdemokratischen Dresdener Parteitag 1903 die Richtung von Vollmar, die, nachdem die Sozialdemokratie zur stärksten Partei geworden war, positiv im Reiche mitarbeiten wollte, über die Richtung Bebel, für die die Todfeindschaft gegen die bürgerliche Gesellschaft, also die Negation leitendes Prinzip war, gesiegt hätte, anstatt umgekehrt, dann hätte die deutsche Politik sich gar nicht zu der Katastrophe von 1914 auswirken können. Wenn ferner nach dem militärischen Zusammenbruch nicht die Revolution gekommen wäre, wir vielmehr am Rhein ein Heer von vier bis fünf Millionen Menschen hätten stehen gelassen, dann hätte die Richtung Clemenceau gegen Wilson und Lloyd George sich in dem Versailler Vertrag nicht restlos durchsetzen können, dann wäre der Versailler Vertrag in seiner heutigen Brutalität und Sinnlosigkeit uns bestimmt nicht aufoktroiiert worden.

Die so belastete Sozialdemokratie soll nun nicht etwa von der Mitwirkung an den Staatsgeschäften der Gegenwart ausgeschaltet werden — es ist überhaupt töricht, stärkere Gruppen, die im Staate positiv mitarbeiten wollen, abzustößen —, wohl aber soll ihr der derzeitig dominierende und einseitige Einfluß, der im umgekehrten Verhältnis steht zu ihren staatschöpferischen Leistungen und ihrem staatspolitischen Können bei dem deutschen Wiederaufbau nicht dauernd eingeräumt bleiben.

Die Einstellung der Sozialdemokratie zur Gesamtpolitik ist im ganzen zu weich und unentschlossen, — sie kann bloß hart und rücksichtslos sein gegen ihre innerpolitischen Gegner — als daß

unter ihrer insbesondere außenpolitischen Führung oder ihrem einseitigen Einfluß auf dem derzeitigen europäischen Trümmerhaufen wieder ein fester Staat mit Weltgeltung gebaut werden könnte. Bis auf absehbare Zeit steht zudem die Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Außenpolitik schlecht im Kurs. In England, Amerika und Frankreich hat die Sozialdemokratie so gut wie nichts zu melden; das aber sind die Staaten, mit denen Deutschland demnächst in ein Schiff zu kommen suchen muß.

Trotzdem bin ich gegen die Ausschaltung der Sozialdemokratie, einmal, weil gegen die geschlossene Sozialdemokratie der deutsche Wiederaufbau ebenso wenig möglich ist, wie bei dauerndem Ausschluß der soliden, nationalen und sittlichen Kräfte von rechts; dann aber auch deshalb, weil das Gros des deutschen Bürgertums aus den Vorgängen der letzten Jahre noch so gut wie nichts gelernt hat. Sehr breite Kreise möchten auch jetzt wieder die Lohnarbeiter lediglich zum Packesel der Gesellschaft degradiert wissen, was unter allen Umständen verhindert werden muß.

Ich brauche nicht zu betonen, daß meine Auffassungen über die Sozialdemokratie nicht das mindeste mit sozialpolitischer oder wirtschaftspolitischer Reaktion zu tun haben. Ich stehe vielmehr auf dem Standpunkt, daß nach dem gewaltigen Zusammenbruch, in Deutschland erst wieder staats- und wirtschaftspolitische Fundamente gebaut werden müssen, bevor eine auf die Dauer eingestellte, gute Wirtschafts- und Sozialpolitik wieder möglich ist und wirksam sein kann. Und diese Voraussetzungen sind meiner festen Ueberzeugung nach unter sozialdemokratischer Führung nicht zu schaffen.

Weiter aber muß verhindert werden, daß der gläubige evangelische Volksteil Deutschlands in eine feindliche Stellung gegenüber dem neuen Staat hineinmanöviert wird. Er darf niemals die Stellung einnehmen, in die sich vor 50 Jahren der französische Katholizismus hineinbegeben hat, mit dem Ergebnis, daß sich in dem neugefalteten Frankreich Freimaurertum und Hochfinanz heimisch einrichten und das Staatsleben mit ihrem Geist durchsetzen

konnten. In Deutschland befinden wir uns gegenwärtig auf dem besten Wege zur gleichen Entwicklung.

Damit ist in wenigen Worten gesagt, was ich nicht will. In dem was ich positiv erstrebe ist ein Unterschied zu machen zwischen den Bedürfnissen der Stunde und denen für eine fernere Zukunft. Darüber folgendes.

1. Für den Augenblick ist eine Koalition, so breit wie nur irgend möglich, nicht bloß anzustreben, sondern erforderlichenfalls auch zu erzwingen. Eigentlich sollte man gegenwärtig in Deutschland um Koalitionsfragen gar nicht streiten. Es sollten vielmehr alle, die zu positiver Mitarbeit bereit sind, zu ihr herangezogen werden. Für kaum ein anderes Volk der Welt erweist sich heute eine politische Einheitsfront so notwendig wie für das deutsche. Ist eine solche nicht zu erzielen, dann ist im Reiche mindestens die gleiche Koalition herbeizuführen, wie sie in Preußen und selbst im roten Braunschweig, hier ergänzt durch die Unabhängige Sozialdemokratie, geschaffen wurde, nämlich: von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei. Was uns in Deutschland gegenwärtig nottut, ist die Kombination einer gemäßigten staats- und wirtschaftspolitischen Betrachtungsweise zwischen rechts und links. Ich habe an dem Verhalten des Gros der deutschen Landwirtschaft in einer Reihe von Fragen manches auszusprechen. Das hindert mich aber nicht, auszusprechen, daß der Landwirtschaft, die meist rechts steht, beim deutschen Wiederaufbau mit die größte Aufgabe zufällt. Glaubt man deren Durchführung von einer Landwirtschaft erwarten zu können, wenn deren Produktionskraft und wirtschaftliche Führung zum weitaus größten Teile in geschlossener Opposition zur Staatsführung steht? Um diese Dinge kommt man mit demokratischen und republikanischen „Redensarten“ nicht herum. Wenn der deutsche Wiederaufbau gelingen soll, dann müssen an ihm sowohl das Gros der Industriearbeiter wie auch die Führung der Wirtschaft in Industrie und Landwirtschaft positiv mitwirken. Nur so kann das deutsche Volk in ernster Stunde zur Verantwortung fürs Ganze erzogen, nur so kann der gegenseitige Opfergeist erzielt werden, der erforderlich ist, wenn das deutsche Volk als Ganzes wieder

hochkommen will. Selbstverständlich haben sich alle an der Staatsführung Beteiligten auf den Boden der gegenwärtigen Staatsform zu stellen. Erst wenn Deutschlands Stellung wieder nach außen hin etwas gesichert ist, und wir im Innern über das Schlimmste und Schwerste hinweg sind, kann sich das deutsche Volk politisch in eine Rechte und eine Linke spalten und sich über Fragen der Staatsform usw. endgültig auseinandersetzen.

2. Ueber den Tag hinaus will ich weder eine „Zerschlagung der Zentrumsparthei“, noch die Ueberführung der evangelischen Arbeiter und Angestellten in die Zentrumsparthei“, wie mir verschiedentlich unterstellt wird. Ich will vielmehr durchgesetzt wissen, daß die den Katholiken und gläubigen Protestanten gemeinsame christliche Kulturauffassung und eine tiefgreifende soziale Gesinnung das politische Bindemittel bilden. Sobald man sich darüber einig ist, daß der Staat den beiden großen Religionsgesellschaften in Deutschland gleichmäßig wohlwollend gegenüberzustehen hat — und das ist natürlich erste Voraussetzung — keine bevorzugt und keine benachteiligt, läßt sich eine Einigung über ein gemeinsames Aufbauprogramm ganz bestimmt finden. Die organisatorische Form für das politische Zusammenwirken zwischen Protestanten und Katholiken, ob in einer gemeinsamen Partei oder in einem engeren Kartell, ist für mich nicht das Entscheidende. Das Wesentliche ist die Herstellung einer einheitlichen politischen Ideenbasis des christlich-deutschen Volkes für den Wiederaufbau.

Wir stehen in der Gegenwart im Vergleich zu früher, vor einer von Grund aus veränderten Lage. Früher standen auf der einen Seite ein durch jahrhundertelanger Arbeit gewordener, mächtiger, starker Staat, auf der andern Seite die evangelische und katholische Kirche. Die evangelische Kirche fühlte sich im alten Staat meist wohl, denn sie war die begünstigte, während sich die katholische Kirche in mancherlei Hinsicht vom Staate bedrückt fühlte. Die Auseinandersetzungen spielten sich ab zwischen den Kompetenzen des Staates auf der einen und jenen der Kirche auf der andern Seite; es kämpften manchmal gegeneinander die Orga-

nisation des Staates und die Organisation der Kirche. Heute spielt der Kampf nicht mehr zwischen zwei Organisationen, sondern zwischen zwei Weltanschauungen und Kulturauffassungen: der christlichen auf der einen und der materialistisch-mechanistischen Auffassung auf der andern Seite. In der Vergangenheit suchte man die Auswüchse gegen die religiös-sittliche Auffassung überwiegend durch die Gesetzgebung zu bekämpfen; in der Zukunft finden sich dafür vielfach nicht mehr die Parlamentsmehrheiten, künftig wird sehr viel mehr auf dem Gebiete der Selbsthilfe geschehen müssen. Wenn aber der christliche Volksteil durch Selbsthilfe im öffentlichen Leben, in Politik, Wirtschaft und Kultur (Kunst, Theater, Kino, Mode usw.) Erfolge erzielen will, dann ist das nur möglich, durch eine geschlossene breite Front. Der gläubige katholische und der gläubige evangelische Volksteil sind — je auf sich gestellt — weder politisch noch wirtschaftlich, noch kulturell stark genug, um dem neuen, im Vergleich zu früher ganz anders gearteten, sehr viel schwereren Kulturkampf, um den wir in absehbarer Zeit bestimmt nicht herumkommen, erfolgreich bestehen zu können. In diesem Kampf werden Protestanten und Katholiken durch den gemeinsamen Feind, die materialistisch-mechanistische Weltanschauung zu enger Gemeinschaft gezwungen.

Wenn ich nun auf diese engere politische und kulturelle Gemeinschaft des christlichen Volksteils hinweise, zu der die veränderte Zeitlage ganz natürlich drängt, wenn ich die Notwendigkeit der politischen und kulturellen Gemeinschaft als Volkwerk gegen die materialistisch-mechanistische Weltanschauung immer wieder betone, so liegt es mir fern, von den beiden Religionsgesellschaften irgendwie ein Preisgeben ihres Eigenlebens zu verlangen. Dieses Eigenleben soll vielmehr gepflegt und vertieft werden in Kirche, Schule, Presse, im Vereinsleben. Dort wird Sorge getragen, daß die Weltanschauungsgrenzen nicht verwischt werden. In der politischen Partei dagegen, bilden die christlichen Grundsätze beider Konfessionen den gemeinsamen Boden für die Kampfstellung gegen die materiali-

stische, jede staatliche Gemeinschaft zersezende Weltanschauung und Politik. Ich bin überzeugt, daß wenn das parlamentarische Regierungssystem sich in Deutschland behauptet, die politische Entwicklung in diese Wege drängt, insbesondere dann, wenn das christliche Volk einsieht, was von ihm die politische Stunde gebieterisch fordert.

Stetigkeit in der Politik und Schaffung fester innerpolitischer Mittelpunkte ist auch notwendig für unseren Beamtenkörper, bei dem sich gegenwärtig bedeutsame Wandlungen vollziehen. Früher war das Beamtentum absolut königs- und staatsreu. Jetzt haben wir im letzten Februar den ersten Beamtenstreik erlebt. Die Defizientlichkeit meint, daß den Beamten bloß das Streikrecht gesetzlich abgesprochen zu werden brauche und damit die Sache wieder in Ordnung gebracht werden könne. So einfach nun liegen die Dinge nicht. Den eigentlichen Staatshoheitsbeamten (Verwaltungsbeamte, Steuerbeamte, Polizei, Richter, auch Lehrer (die an sich keine Staatshoheitsbeamten sind) kann selbstverständlich kein Streikrecht zuerkannt werden. Schwieriger liegt die Sache bei den Beamten, die in den zum Teil wirtschaftlichen Betrieben des Reiches, insbesondere bei Eisenbahn und Post, tätig sind. Bei der Eisenbahn besteht etwa die Hälfte des Personals aus Arbeitern und Angestellten; ihnen steht an sich das Streikrecht zu. Streiken aber diese, dann sind auch die Beamten ziemlich zur Untätigkeit verurteilt. Das Entscheidende aber ist die ungestörte Aufrechterhaltung des Verkehrs. Für Mitteleuropa bedeutet das Eisenbahnwesen etwas ganz anderes als etwa für England. England ist ringsherum vom Meer umgeben, ist mit Kanälen durchquert, so daß bei Eisenbahnerstreiks die Ozeandampfer Lebensmittel und Rohstoffe an die verschiedenen Stellen des Landes bringen können, von wo aus sie mit Automobilen usw. ihrem Bestimmungszweck zugeführt werden können. Das geht in Deutschland, das Binnenland ist, nicht. Meines Erachtens muß die Streikfrage in Eisenbahn und Post, in den Reichsbetrieben mit öffentlichem Charakter, überhaupt durch ein geeignetes Schlichtungsverfahren, in das sowohl Arbeiter, Angestellte und Beamte einzubeziehen sind, geregelt werden. Für die Arbeiter und Angestellten allein ist ein

solches Schlichtungsverfahren nicht möglich, weil die Arbeitsverrichtungen und die Stellung des gesamten Eisenbahnpersonals aufs engste ineinander übergreifen. Zwischen dem Chef und den Vorgesetzten des Eisenbahn- und Postbetriebes auf der einen Seite und den breiten Massen des mittleren und unteren Personals auf der andern Seite, müssen meines Erachtens objektive Stellen geschaffen werden zur Klärung der differierenden Anschauungen. Die Schiedssprüche dieser Stellen müßten für Verwaltung und Personal rechtsverbindlich sein. Wer sich mit dieser Art Regelung nicht einverstanden erklärt, darf sich künftig um Stellungen bei Eisenbahn und Post eben nicht mehr bewerben.

Daneben ist die Kernfrage im Beamtentum heute die, ob es in einem positiven, neutralen oder gar negativen Verhältnis zum Staate steht. Heute kann man alle drei Schattierungen im Beamtenkörper vorfinden. Unter allen Umständen aber muß ein positives Verhältnis des Beamtenkörpers zum Staate hergestellt werden. Ohne zuverlässiges Beamtentum ist keine große Organisation und erst recht kein Staat möglich. Den Staatshoheitsbeamten im besonderen muß die positive Einstellung zum Staate dadurch erleichtert werden, daß nicht in kurzer Reihenfolge aufeinander die Minister wechseln, bald dem Ministerium ein Sozialdemokrat, ein Demokrat, ein Zentrumsmann usw. vorsteht, und das Beamtentum dadurch keine feste Linie finden kann, auf die es sich in seiner Arbeitsweise dauernd einstellen könnte.

Schließlich müssen wir uns sehr ernsthaft mit der Frage beschäftigen: wie schaffen wir in Mitteleuropa wieder einen festen Staat? Davon sind wir heute noch weit entfernt. An dem Bismarck'schen Reichsbau vom Jahre 1871 konnte im einzelnen dies und jenes ausgelehrt werden. Im ganzen war es für mitteleuropäische Verhältnisse eigens konstruiert und von einer ungeheuren Festigkeit. Bismarck hat erst 1864/66 Preußen zu einem abgerundeten Großstaat gemacht. Dann hat er nach 1871 um diesen Großstaat einen Kranz von Mittel- und Kleinstaaten gruppiert. Durch die Personalunion zwischen dem König von Preußen und dem Deutschen Kaiser einerseits, dem Preußischen Ministerpräsidenten und dem Deutschen Reichskanzler anderseits

und damit, daß die Verfassung von 1871 auf dem Vertrag der Fürsten, dem sogenannten Schwur zum Ewigen Bunde aufbaute, beruhte das alte Reich auf einem festen Fundament. In Weimar konnte nach dem Zusammenbruch nicht mehr auf die alten Fundamente aufgebaut werden, weil sie meistens gar nicht mehr vorhanden waren. Nun hat man als neue Klammern für den Zusammenhalt des Reiches gewählt: die Einheit des Heeres, die Verkehrseinheit und die Finanzhoheit des Reiches. Die Weimarer Konstruktion des Reichsbaues ist aber, selbst von den heute fehlenden äußeren staatlichen Machtmitteln abgesehen, sehr viel schwächer als jene von 1871. Die Bismardsche Verfassung beruhte auf starke Imponderabilien. In ihrem Wortlaute sagte sie weniger als sie war; die Weimarer Verfassung dagegen sagt ihrem Inhalte nach mehr als sie ist.

Dazu kommt, daß, solange wir ein schwacher Staat sind, die einzelnen Bezirke Deutschlands wieder genau so wie vor 1870 den Einflüssen fremder Staaten ausgesetzt sind. Das wird begünstigt dadurch, daß ein großer Teil des Deutschen Reiches besetztes Gebiet ist. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß das ganze mitteleuropäische Staatensystem durch den Krieg eine völlige Umgestaltung erfahren hat. Anstelle des ehemaligen Rußland, Oesterreich und Deutschland sind etwa ein Duzend Staaten entstanden. Daneben ist am Balkan eine vollständige politische Machtverschiebung im Vergleich zu früher eingetreten. Bei solcher Sachlage ist das Deutsche Reich der Gegenwart künftig in starkem Maße dem internationalen Intriguenspiel ausgesetzt. Diesen Dingen gilt es, klar ins Auge zu sehen.

Es ist daher auch falsch, wie vielfach im Süden angenommen wird, daß die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten über die deutsche Staatskonstruktion sich auf die Formel: Zentralisation oder Dezentralisation bringen lassen. Ich für meinen Teil bin der schärfste Gegner einer überspannten Zentralisation im Reich. Das deutsche Volk kann nicht zur politischen Einsicht erzogen werden, wenn es lediglich alle vier Jahre einige hundert Reichstagsabgeordnete wählt, die dann die politischen Notwendigkeiten des Reiches zu ordnen suchen, sondern nur dann, wenn es von un-

ten herauf durch Teilnahme an der Selbstverwaltung in die Erkenntnis der Staatsmöglichkeiten und Staatsnotwendigkeiten hineinwächst. Die Streitfrage dreht sich vielmehr darum, inwieweit bei den total veränderten Verhältnissen im Vergleich zu früher neben dem Reich den Ländern noch Staatsjouvenität eingeräumt werden kann. Die Lösung dieser Frage ist sehr schwierig, dennoch muß sie versucht werden. Ich habe lange über die Möglichkeiten der Lösung des Problems einer neuen festen Staatskonstruktion für Deutschland nachgedacht. Die alte Vormachtstellung Preußens läßt sich kaum wieder herstellen. Eine Zer Schlagung Preußens kann aber ebensowenig in Frage kommen, sie würde meiner festen Ueberzeugung nach der Anfang vom Ende eines festgefügtten Reiches in Mitteleuropa sein. Die durch die Weimarer Verfassung vorgesehene Halbheit läßt sich aber für einen längeren Zeitraum auch nicht aufrechterhalten. Bei solcher Sachlage bin ich der Meinung, daß zur Gewinnung der Grundmauern für einen festen mitteleuropäischen Staatsbau Preußen den Anfang machen muß. Preußen muß meines Erachtens seinen Provinzen größere Kompetenzen einräumen, den Oberpräsidenten mit dem Landeshauptmann vereinen, seine Regierungspräsidenten beseitigen und evtl. den Aufgabenbereich der Landräte vergrößern. Sobald diese Aufgabe durchgeführt ist, und sich die Neuordnung eingeführt hat, hat meines Erachtens Preußen organisch im Reiche aufzugehen. Die preußischen Ministerien würden mit den Reichsministerien zu vereinigen sein, Preußen wird Reichsland. Manche Kreise sagen, daß das ein Aufgehen Preußens im Reiche bedeute, andere umgekehrt. Meines Erachtens ist das ein Mittel Ding zwischen beiden. Dieses geschlossene Reichsland würde auf die künftige Entwicklung im Innern ohne Zweifel einen starken Einfluß ausüben können, der aber von den übrigen deutschen Ländern durch Reichsregierung und Reichstag reguliert werden könnte. Die anderen Länder könnten bleiben, was sie sind. Der Einwand, daß das Reich nur aus gleichartigen Ländern bestehen könne, ist gegenstandslos. Auch das Reich von 1871 bestand nicht aus gleichartigen Bundesstaaten. Preußen hatte die Vormachtstellung, Bayern eine Anzahl Reservatrechte, daneben bestanden Bundesstaaten ohne Re-

servatrechte und schließlich existierte das Reichsland Elsaß-Lothringen. Die preußischen Provinzen würden beim Aufgehen Preußens im Reiche selbstverständlich reichsunmittelbar, die übrigen Länder könnten meines Erachtens reichsmittelbar bleiben. Das Reich könnte seinen norddeutschen Provinzen etwa die gleichen Aufgaben als Auftragsangelegenheiten zur Durchführung überweisen, die den anderen Ländern zustehen, insoweit diese es nicht selbst vorziehen, einen ähnlichen Charakter anzunehmen, wie die neuen Reichsprovinzen. Ich würde mich auch nicht dagegen sträuben, wenn den Ländern und Provinzen in gewissen Fragen noch eine Erweiterung ihrer Rechte zugestanden würde.

Darüber muß man sich klar sein, daß auf die Dauer ersprießlich wirkende Reichsministerien nicht möglich sind, die sich bei ihrer Arbeit nicht auf einen verwaltungsordentlichen Unterbau stützen können. Reichsministerien ohne diesen Unterbau müssen sich zu „Wasserköpfen“ auswachsen, die anstatt die Reichsgesetze von unten aus wachsen zu lassen, sie stets von oben oktroyieren müssen, ein Zustand, der das Entgegengesetzte vom Normalen darstellt.

Schließlich muß der Herstellung eines organischen Verhältnisses zwischen Staat und organisierter Wirtschaft die größte Sorgfalt zugewendet werden. Heute schon übt die Hochfinanz einen sehr viel stärkeren Einfluß auf die Politik aus, als jemals vorher. Wenn ich aber zu wählen habe zwischen dem geheimen und indirekten Einfluß der Hochfinanz und dem offenen und direkten Einfluß der organisierten Wirtschaft auf den Staat, dann entscheide ich mich bestimmt für die letzte Alternative. Der Reichswirtschaftsrat wird zu einer Zweiten Kammer ausgebildet werden müssen. Es läßt sich nicht aufrecht erhalten, daß dem Reichswirtschaftsrat lediglich eine begutachtende Tätigkeit zuerkannt wird, weil sich für diese auf die Dauer die ersten Kräfte des Wirtschaftslebens nicht zu zahllosen Sitzungen der Ausschüsse usw. bereitfinden dürften. Der Einführung eines bloßen berufsständischen Gesetzgebungsfaktors ist auf das Entschiedenste zu widersprechen. Auf Wirtschaft und Geld kann kein nationaler Staat aufgebaut werden, denn sie kennen keine nationalen Grenzen. Einer rein wirtschaftlichen Vertretung wird auch das ausreichende Verständnis

für die weltanschaulichen und kulturpolitischen Strömungen eines Volkskörpers fehlen. Es müssen sich also Reichstag und große weltanschaulich orientierte Parteien auf der einen und Reichswirtschaftsrat auf der anderen Seite gegenseitig regulieren. Dem Reichsrat müßte ohnehin, wenn Preußen im Reiche organisch aufginge, eine neue Stellung zugewiesen werden.

Endlich ist ein starkes Reich der Zukunft nur möglich mit einem starken sozialen Gepräge. Es ist bereits ausgeführt, daß es in Mitteleuropa sehr viel schwieriger ist, einen festen Staat zu bauen und in ihm dauernd gute Politik zu machen, als in den europäischen Peripheriestaaten. Dann sind wir als deutsches Volk in konfessioneller Hinsicht gespalten und schließlich sind wir noch nicht in dem gleichen Maße ein einheitliches Volk, wie etwa die Franzosen, insbesondere aber die Engländer. Dem deutschen Volke fehlen also eine Reihe Einigungsmomente, die bei anderen Völkern vorhanden sind. Diese müssen ersetzt werden durch nachdrückliche Pflege einer starken sozialen Gesinnung. Wir dürfen in Zukunft nicht bloß soziale Gesetze machen, wir müssen vielmehr auch das Verhältnis von Mensch zu Mensch besser zu gestalten suchen. Wir müssen dahin kommen, daß der Deutsche in jedem Volksgenossen seinen Bruder sieht, demgegenüber er die Pflicht fühlt, ihm beizuspringen, wenn es ihm unverschuldet schlecht geht. Das deutsche Volk muß dahin gebracht werden, daß es volksmäßig, anstatt kasten- und klassenpolitisch und in konfessioneller Begrenzung denkt.

In wirtschaftspolitischer Hinsicht stehen wir vor zwei großen Aufgaben, und zwar vor den Fragen:

1. wie ernähren wir im nächsten Jahrzehnt die deutsche Bevölkerung,
2. wie schaffen wir ein erträglicheres Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit?

Ernährungspolitisch stehen wir heute im Vergleich zur Vorkriegszeit vor einer vollständig neuen Lage. Deutschland hatte schon vor dem Kriege eine passive Handelsbilanz. Wir führten etwa um 11 Goldmilliarden Mark Waren vom Auslande ein und Werte von etwa 10 Goldmilliarden Mark aus. Auf die Dauer kann selbstverständlich niemand — auch die Volkswirtschaft eines

Landes nicht — mehr ausgeben als sie einnimmt. Wir haben es aber früher verstanden, unsere passive Handelsbilanz zu einer aktiven Zahlungsbilanz umzugestalten. Vor dem Kriege hatten wir nämlich Auslandsguthaben im Werte von 20 bis 30 Milliarden Mark, aus denen wir Zinsen bezogen. Daneben hatten wir eine Handelsflotte von $5\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen, mit der wir zum Teil der Frachtführer der Welt geworden waren; wir bezogen also größere Frachteinnahmen aus anderen Ländern. Mit diesen beiden Faktoren haben wir unsere, an sich passive Handelsbilanz zu einer aktiven Zahlungsbilanz umgestaltet. Nun hat man uns unsere Auslandsguthaben und unsere Handelsflotte durch den Versailler Vertrag weggenommen. Weiter hat man unsere Industriebasis verschmälert. Man hat uns das zweitgrößte Kohlengebiet Deutschlands, Oberschlesien zu $\frac{3}{4}$ und das drittgrößte Kohlengebiet, das Saarrevier, für 15 Jahre ganz weggenommen. Früher führten wir Kohlen aus, jetzt müssen wir solche einführen und dafür natürlich an das Ausland Zahlungen leisten. Weiter hat man uns Lothringen und damit unser größtes Erz- bzw. Minettegebiet weggenommen. Wir müssen nun, um unsere $2\frac{1}{2}$ Millionen Metallarbeiter in Deutschland beschäftigen zu können, unsere Erze hauptsächlich vom Ausland beziehen. Auch unsere Ernährungsbasis wurde durch den Versailler Vertrag verschmälert. Die Provinzen Posen und Westpreußen, die wir an Polen abtreten mußten, haben früher etwa für 5 Millionen Menschen mehr an Brotgetreide und Kartoffeln erzeugt, als sie selbst verbrauchten. Zu alledem müssen wir in den nächsten Jahrzehnten noch hohe Reparationsleistungen aus den Erträgen unserer heimischen Wirtschaft an die Entente bezahlen.

Bei dieser neuen Struktur unserer Wirtschaft ist es ausgeschlossen, daß wir künftig noch wie vor dem Kriege jährlich um etwa 3 Milliarden Mark mehr an Lebens- und Futtermitteln vom Auslande einführen können als wir ausführen. Das deutsche Volk steht vielmehr vor folgender Alternative: Entweder es muß seine Lebenshaltung im Vergleich zu früher ganz bedeutend herabdrücken, dann bleibt es auf dem Weltmarkt kaum wettbewerbsfähig, oder aber es müssen noch sehr viel größere Erträge aus der deutschen Landwirtschaft herausgeholt werden als in der Zeit vor dem Kriege. In

führenden Kreisen der Landwirtschaft hält man dies für möglich und zwar mit folgenden Mitteln: Die Stickstoffproduktion muß bedeutend vermehrt werden. Vor dem Kriege hatten wir in Deutschland einen Stickstoffverbrauch von etwa 200 000 Tonnen, wovon wir die Hälfte selbst herstellten und etwa 100 000 Tonnen aus Südamerika bezogen. Während des Krieges haben wir gelernt, den Stickstoff aus der Luft zu gewinnen. Gegenwärtig erzeugen wir etwa 350 000 Tonnen, also nahezu das Doppelte des Verbrauchs vor dem Kriege. Es werden aber noch mindestens 150 000 Tonnen mehr gebraucht, wofür die Erbauung neuer Stickstofffabriken notwendig wird.

Dann muß der Pflege des Saatgutes sehr viel größere Sorgfalt als ehemals zugewendet werden, denn je besser das Saatgut, desto größer der Ertrag. Schließlich muß das landwirtschaftliche Schulwesen ausgebaut und die Errichtung von Muster- und Beispielswirtschaften in den verschiedenen Bezirken Deutschlands nachdrücklich gepflegt werden, um so den Landwirten praktischen Anschauungs- und Erfahrungsunterricht gewähren zu können. Endlich ist die landwirtschaftliche Technik auch der Kleinwirtschaft noch besser nutzbar zu machen, der Bekämpfung des Unkrautwesens größeres Augenmerk zuzuwenden, und die Kultivierung von Ödlandereien und dadurch die Vermehrung der deutschen landwirtschaftlichen Anbaufläche zu betreiben. Für diese Aufgaben sind größere Mittel notwendig, die die Landwirtschaft durch ihr Hilfswerk gewinnen will. Auch wird dabei etwas Druck auf den einzelnen Landwirt durch Gesetz ausgeübt werden müssen, damit nicht jeder Einzelne nach seinem Gutdünken so gut und so schlecht wirtschaften kann, als es ihm beliebt. Es steht nämlich fest, daß vor dem Kriege eine ganze Reihe größerer und auch kleinerer landwirtschaftlicher Unternehmungen sehr unzweckmäßig bewirtschaftet worden sind.

Die zweite große Aufgabe, vor der wir in wirtschaftspolitischer Hinsicht stehen, ist die erträglichere Gestaltung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. In der deutschen Arbeiterschaft hat die marxistische Doktrin in gedanklicher Hinsicht die größten Verheerungen angerichtet. Nach marxistischer Auffassung sind die Arbeiter aller Länder Brüder, während alle übrigen Volksgenossen als Ausbeuter der Arbeiter anzusehen

sind. Heute beginnt man selbst in sozialistischen Kreisen einzusehen, daß mit dieser Phrase nichts anzufangen ist. Die Durchführung der marxistischen Gedankenwelt, — darüber ist man sich allseitig klar, — ist nur auf internationalem Wege denkbar. In England, insbesondere aber in Amerika und Frankreich, hat aber der Sozialismus entweder nichts, oder nicht viel zu sagen. Bei solcher Sachlage sind es nicht die französischen, englischen und amerikanischen Arbeiter, die uns aus unserem heutigen Elend heraushelfen können, sondern die Erkenntnis, daß das deutsche Volk in allen seinen Schichten wie ein Mann zusammenstehen muß, um sich allmählich wieder Aufsehen und Achtung und damit größere Ellenbogenfreiheit in der Welt zu schaffen. Ueber die fortwährenden scharfen innerpolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland lacht das Ausland, weil es mit Recht der Meinung ist, daß das deutsche Volk bis auf weiteres Besseres zu tun habe, als sich selbst über die kleinlichsten Fragen gegenseitig aufs heftigste zu befehlen.

Der marxistische Sozialismus hat der deutschen Arbeiterschaft eingeredet, daß der Klassenkampf die Voraussetzung und das Mittel zur wirksamen Vertretung ihrer Interessen sei. Das ist falsch. Wirksame Arbeiterinteressenvertretung und Klassenkampf haben nichts miteinander zu tun. Im Gegenteil, durch den Glauben an die Allmacht des Klassenkampfes ist den deutschen Arbeitern lange Zeit eine wirksame Vertretung ihrer Interessen erschwert worden. Durch die sozialistische Klassenkampfdoktrin hat sich die deutsche Arbeiterschaft lange Zeit als Machtfaktor des öffentlichen Lebens selbst ausgeschaltet. Selbst wenn die frühere Regierung mit der Arbeiterschaft hätte Politik machen wollen, wäre es ihr nicht möglich gewesen, weil die frühere Sozialdemokratie jede Regierung und den alten Staat grundsätzlich bekämpfte.

Die deutsche Arbeiterbewegung war sodann unter marxistischer Führung auf die angebliche Todfeindschaft zwischen Kapital und Arbeit eingestellt. Dadurch ist die Atmosphäre zwischen Kapital und Arbeit von vornherein vergiftet worden. Mit diesen Irrungen ist nunmehr radikal aufzuräumen; es ist grundsätzlich neuer Boden zu betreten. Die gemeinsame Sorge hat zunächst der Wirtschaftlichkeit des Ganzen zu gelten. Dann erst kann die Auseinandersetzung

erfolgen um den Erfolg, um die Frage, welchen Anteil erhält die schaffende Arbeit, welcher Gewinn fließt dem Unternehmen zu, und welcher Anteil muß dem Betrieb als Wirtschaftskapital verbleiben. Diese Dinge richtig zu meistern ist mit die Hauptaufgabe der Gewerkschaftsbewegung.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, womit die Sozialdemokratie den deutschen Arbeitern die Köpfe verdreht hat, ist nicht das Allheilmittel. Die Arbeiter und Angestellten bei Eisenbahn und Post haben sich in der Vergangenheit im allgemeinen bestimmt nicht wohler gefühlt als ihre Kollegen in Privatbetrieben. Auch eine sozialistische Regierung könnte im Gegensatz zu der früheren bürgerlichen Regierung diese Arbeitermassen nicht dauernd zufriedenstellen. Gegenwärtig können wir zudem beobachten, wie sozialistische Minister dazu übergehen, ehemalige Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften umzuwandeln.

Die kapitalistische Ära kann naturgemäß auch nicht der Weisheit letzter Schluß sein. Sie hat auf technischem Gebiete ohne Zweifel gewaltige Leistungen hervorgebracht, aber auch auf dem Gebiete der Menschheitskultur ungeheure Verwüstungen angerichtet. Das Verlangen der Arbeiter nach anderen Formen des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenlebens ist daher nicht nur verständlich, sondern auch notwendig. Die Wirtschaftsform muß nach bestimmten Grundsätzen ausgebaut werden, die Gegensätze der vergangenen Zeit unmöglich machen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat es zu allen Zeitepochen gegeben. Aber unsere heutige Zeit unterscheidet sich von früher im wesentlichen durch zweierlei: Einmal sind heute etwa 70 Prozent des deutschen Volkes Gehalts- und Lohnempfänger. Wenn man die Landwirtschaft auscheidet, in der noch verhältnismäßig viele selbständige Existenzen tätig sind, wird dieser Bruchteil noch größer. Einen so großen Prozentsatz des Gesamtvolkes als Gehalts- und Lohnempfänger hat keine frühere Zeitepoche in einem zivilisierten größeren Staate gekannt. Dann haben wir es heute bei der Arbeitnehmerschaft mit Menschen zu tun, die Schule und Ausbildung genossen haben, während früher Sklaven und Hörige die Handarbeit verrichteten. Wir haben 100 Jahre allgemeine Schulpflicht hinter uns, es besteht Pressfreiheit, Ver-

sammlungsfreiheit, es gibt für die Arbeiter sonstige zahlreiche Bildungsmöglichkeiten.

Bei solcher Sachlage muß auf einen Umbau unserer Wirtschaftsverfassung hingearbeitet werden. Diese hat m. E. auszugehen vom Prinzip der Selbstverwaltung. Mit ihr wurden im Verlaufe des letzten Jahrhunderts zahlreiche Intelligenzen geweckt und für das öffentliche Leben nutzbar gemacht. Auch in der Wirtschaft können aus den Millionen von Arbeitnehmern auf die Dauer bei sinngemäßer Pflege der Selbstverwaltung große schöpferische Kräfte ausgelöst werden.

Dann muß das paritätische Zusammenwirken zwischen Kapital und Arbeit weiter gepflegt werden. Gegenwärtig haben wir bereits Arbeitsgemeinschaften, Selbstverwaltungskörper (Reichskohlenrat, Reichskalirat, Metallwirtschaftsbund, Eisenwirtschaftsbund), den Reichswirtschaftsrat, das Betriebsrätegesetz, die Beteiligung der Arbeiter an den Aufsichtsräten. Es sind Bestrebungen im Gange, die Landwirtschafts-, Handwerks- und Handelskammern zu paritätischen Einrichtungen umzugestalten usw. Auf diesen Boden gilt es planmäßig weiterzuarbeiten.

Schließlich muß das gewerbliche Schlichtungswesen ausgebaut werden. Der Streik muß selbstverständlich im Zeitalter des freien Arbeitsvertrages den Arbeitern als letzte Waffe zur Durchsetzung ihrer Bestrebungen gelassen werden. Er soll aber tatsächlich als Ultima ratio, als letztes Mittel zur Anwendung kommen. Heute ist er vielfach die Regel geworden. Die Schlichtungsordnung, mit der sich demnächst der Reichstag zu beschäftigen haben wird, darf nicht bloß einen Behördenapparat darstellen, sondern muß hinsichtlich der Beilegung von Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auch materiellen Inhalt bekommen. In England haben sich die Gewerkschaften in den letzten Jahren abgekämpft. Jetzt wird dort von Arbeiterführerseite her der Vorschlag gemacht, es möchte zwischen Unternehmern und Arbeiterorganisationen ein zehnjähriger Burgfrieden abgeschlossen werden zur Vermeidung weiterer Erschütterungen der englischen Industrie. Der letzte süddeutsche Metallarbeiterstreik gegen die 48stündige Arbeitswoche war das Verantwortungslofeste, was seit langer Zeit

an Kämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern sich abgespielt hat. Der Kampf war im wesentlichen eine Kraftprobe zwischen der radikalen und der gemäßigteren Richtung im sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verband. Er hat dem deutschen Wirtschaftsleben schweren Schaden zugefügt, ohne daß er den Arbeitern irgendwelche Vorteile bringen konnte. Gegenwärtig wird von den Radikalen in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung gegen die kommende Schlichtungsordnung Sturm gelaufen, weil sie losen Zwang für die Beilegung von Differenzen vorsieht. Diesem Verhalten fehlt vom sozialistischen Standpunkt aus gesehen jede Logik. Die Sozialdemokratie ist bekanntlich dagegen, daß der Krieg als Mittel zum Austrag von Differenzen zwischen den Völkern angewendet wird; darüber sollen vielmehr internationale Schiedsgerichte endgültig entscheiden. Die Beseitigung der Differenzen zwischen Kapital und Arbeit dagegen möchten die sozialdemokratischen Gewerkschaften gegenwärtig völlig dem freien Spiel der Kräfte überlassen wissen. Mit solcher, bloß auf den Alltag eingestellter Betrachtungsweise kann natürlich nicht an die Beratung der Schlichtungsordnung herangetreten werden.

Weiter muß der Klassenkampfgedanke in der deutschen Arbeiterbewegung zugunsten des Berufsgedankens zurückgedrängt werden. Durch Selbstverwaltung und paritätisches Zusammenwirken zwischen Kapital und Arbeit in Arbeitsgemeinschaften, durch Tarifverträge usw. werden ohnehin Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Berufes bzw. einer Industrie einander näher gebracht. Wir müssen zum Teil wieder zurückgreifen auf Gedanken der alten Zunftverfassung, aber auch gleichzeitig Vorkehrungen treffen, damit sich nicht der „Branchen-Egoismus“ herausbildet und das öffentliche Leben Deutschlands überwuchert.

Schließlich ist dem landwirtschaftlichen und industriellen Siedlungswesen die größte Sorgfalt zuzuwenden. Wir können selbstverständlich unsere landwirtschaftlichen Großbetriebe nicht zerschlagen, weil sie in vielfacher Hinsicht Bahnbrecher des technischen und des agrikulturellen Fortschrittes sind und weil, solange Millionen von Menschen in Großstädten und Industriebezirken zusammengedrängt sind, letzten Endes auch landwirtschaft-

liche Großbetriebe zur Versorgung dieser Volksmengen mit Massengütern (Kartoffeln, Getreide) erforderlich sind. Trotzdem können in Deutschland noch zahlreiche unfelbständige Bauern durch Verkleinerung der Großbetriebe verselbständigt und angesiedelt werden. Auch dem industriellen Siedlungsweisen ist die größte Sorgfalt zuzuwenden. Mit die größte Sünde, die auf innerpolitischem Gebiete in den letzten Jahrzehnten gemacht wurde, ist die, daß man die Industrieansiedlungen vollständig dem freien Spiel der Kräfte überließ. So ist eine Großstadt neben der anderen entstanden, und sind in kurzer Zeit Millionenmassen in Großstädten zusammengedrängt und vollständig von der heimatischen Scholle losgelöst worden. Kohle kann man natürlich nur dort gewinnen, wo sie vorkommt; ebenso ist die Eisenerzeugung nur möglich in Kohlenbezirken. Aber die Fertigwarenfabrikation ist weitgehend nicht an bestimmte Orte und an Großstädte gebunden. Diese ist zu dezentralisieren. Daneben muß natürlich der Ausbau des Verkehrs- und Kanalwesens Hand in Hand gehen. Ich wohne seit zehn Jahren in Köln und Berlin in Siedlungskolonien und kann beobachten, wie hier in Verbindung mit der Kleingartenarbeit ein ganz anderes Geschlecht heranwächst, als in den großstädtischen Mietskasernen, wo in den Hinterhöfen vielfach Luft und Licht und jede Berührung mit dem heimatischen Mutterboden fehlt.

Die Arbeiter dürfen endlich auch in wirtschaftlicher Hinsicht nicht auf die Allmacht des Staates allzugroße Hoffnungen setzen. Die Wirtschaft hat in vielfacher Hinsicht ihre eigenen Gesetze und läßt sich auch nicht immer durch Parlamentsbeschlüsse dahin bringen, wohin sie der Gesetzgeber haben möchte. Es muß vielmehr der Gedanke der Selbsthilfe in Arbeiterkreisen durch Errichtung von Eigenunternehmungen mit allem Nachdruck gepflegt werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist gegenwärtig daran, teilweise neue Wege auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Selbsthilfe-Bestrebungen der Arbeitnehmer einzuschlagen. Er hat zu diesem Zweck die „Deutsche Volksbank“ gegründet. Durch sie sollen zunächst die Kapitalien der Gewerkschaften verwaltet werden. Die dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen verfügen im Laufe dieses Jahres über eine Ein-

nahme von mindestens 500 Millionen Mark. Dann besteht zwischen den Mitgliedern des Gewerkschaftsbundes einerseits und denen des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine andererseits weitgehende Personalunion. Diese Konsumvereine verfügen über einen Jahresumsatz von rund 3 Milliarden Mark. Daneben haben die Kleinwohnungsgenossenschaften und die Bauproduktivgenossenschaften der christlich-nationalen Arbeitnehmerschaft einen Jahresumsatz von etwa 1 Milliarde Mark. Diese wirtschaftlichen Unternehmungen und Kräfte sollen zunächst durch die Deutsche Volksbank zusammengefaßt werden, dann sollen aber auch die Sparpfennige der Mitglieder systematisch durch die Bank in den Dienst der deutschen Wirtschaft und zur Verstärkung des Einflusses der Arbeitnehmerschichten in ihr verwendet werden. Seither haben die sogenannten kleinen Leute in Deutschland ihre Sparpfennige meist den Sparkassen überantwortet. Diese zahlten etwa $3\frac{1}{2}\%$ Zinsen, legten die ihnen anvertrauten Gelder mündelsicher an und erzielten dabei etwa 5% Zinsen. Mit der Zinsspanne von $1\frac{1}{2}\%$ deckten sie ihre Verwaltungskosten und waren zum Teil noch Ueberschußeinrichtungen der Städte und Kreise. Heute lassen sich mit $1\frac{1}{2}\%$ Zinsspanne die sehr viel größeren Verwaltungskosten der Sparkassen nicht mehr aufbringen. Die Kreditbanken überlegen gegenwärtig, ob sie für Tagesgelder unter 5000 Mark überhaupt noch Zinsen bezahlen sollen, weil sich dafür die Buchungskosten nicht recht lohnen. Wir stehen also durch die Geldentwertung auf dem Gebiete der Geldbewirtschaftung zum Teil vor einer völlig neuen Lage.

In England haben die Arbeiter ihre Sparpfennige vielfach nicht den Sparkassen überantwortet, sondern sich Pfundaktien gekauft. Mit den vielen Millionen Pfundaktien, die in England kursieren, vermochten aber die Arbeiter einen maßgeblichen Einfluß auf die Wirtschaft nicht zu erlangen, weil sie verzettelt und nicht einheitlich und planmäßig zusammengefaßt sind. Die Deutsche Volksbank will die deutschen Sparkassenbeobachtungen einerseits und die Erfahrungen des englischen Pfundaktienwesens andererseits kombinieren und sie der deutschen Gesamtwirtschaft im Interesse der Arbeitnehmerschichten nutzbar machen.

Wir dürften demnächst in Deutschland vor einer großen Kreditnot stehen. Wenn nicht in einer solchen Situation die Sparpfennige der breiten Massen der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden, besteht die Gefahr, daß die ohnehin zu erwartende große Arbeitslosigkeit einen beängstigenden Umfang erreichen wird. Insbesondere aber sollen mit Hilfe der Deutschen Volksbank die Eigenunternehmungen der christlich-nationalen Arbeitnehmerschaft ausgebaut werden. Dafür gibt es fast ohne Risiko die mannigfaltigsten Möglichkeiten, wenn ausreichend Kapital vorhanden ist.

Die Organisation der Wirtschaft ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, allerdings muß sie bestimmte Grundnormen anerkennen. Staatsbetriebe können dort erstehen, wo sie angebracht sind. Das Allheilmittel für die Arbeitnehmerschaft sind sie bestimmt nicht. Daneben haben die Privatbetriebe und die Eigenbetriebe der Arbeitnehmer ihre Berechtigung. Alle Unternehmungsarten müssen in gegenseitigen Wettbewerb treten und müssen natürlich eingedenk bleiben, daß die Wirtschaft nicht um ihrer selbst willen da ist, sondern der Gesamtheit in ihren vielseitigen Kulturbestrebungen zu dienen hat.



Wir stehen vor gewaltigen Aufgaben staatspolitischer und wirtschaftspolitischer Art. Der deutsche Staat ist noch nicht gefestigt, die Reichseinheit noch nicht gewährleistet, die politische Denkweise des deutschen Volkes noch nicht auf die neuzeitigen Aufgaben umgestellt. Daher muß gegenwärtig die Parole lauten: Geschlossen nach außen, duldsam und gegenseitig hilfsbereit im Innern.

Es liegt im Wesen meiner Weltanschauung, daß ich in all diesen Geschehnissen der letzten Jahre auch das Wirken der Vorsehung zu erkennen glaube. Die Folge des Sieges von 1870/71 war die staatliche Einigung. Ein starkes Deutsches Reich erwuchs. Zugleich wuchs auch die wirtschaftliche Wohlhabenheit in breiten Schichten und brachte eine starke Veräußerlichung mit sich. In dem rapiden wirtschaftlichen und technischen Aufstieg vergaßen wir die Innerlichkeiten deutschen Volkstums, wir vergaßen den Wert der Gemüts-
werten deutschen Volkstums, wir vergaßen die Gemütswerte zu

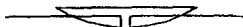
pflegen. Um der steigenden wirtschaftlichen und technischen Notwendigkeiten willen verarmte das Volk innerlich. Mehr noch: die ausschließliche Einstellung auf Wirtschaft und Technik, die das Prinzip des Interesses in den Vordergrund stellte, trennte die einzelnen Volksgenossen voneinander, schuf immer mehr innere Gegensätze. Mir scheint, diese Entwicklungen und Begleiterscheinungen nach 1870 haben in weitgehendem Maße an unserer Niederlage von 1918 mitgewirkt. Und sie sind nach dem Zusammenbruch nicht geschwunden. Sie sind vielmehr einer der entscheidendsten Gründe mit, die einer innerpolitischen Fundamentierung des deutschen Volkes hindernd im Wege stehen. Findet diese innerpolitische Fundamentierung nicht statt, so kann das deutsche Volk auch niemals dauernd eine führende Stellung in der Welt einnehmen.

Wir sind für die nächsten Jahre ein armes Volk; wir müssen ein bescheidenes und genügsames Leben führen, müssen aber erwarten und verlangen, daß es von allen Volksschichten geführt wird. Insbesondere gilt dies auch von den im Krieg und nach der Revolution entstandenen „neuen Reichen“. Sie führen heute vielfach ein Schlemmer- und Lurusleben, das das größte Uergernis erregt. Wenn diese Kreise nicht die sittliche Kraft aufbringen zur Beseitigung der beklagten Uebelstände, dann muß kräftig mit Polizeiverordnungen und dadurch nachgeholfen werden, daß sich eine Partei der anständigen Leute bildet, die diese Kreaturen mit der ihnen gebührenden Verachtung straft. Andernfalls besteht keine Gewähr dafür, daß das deutsche Volk den Weg durch das große Jammerthal, den es im nächsten Jahrzehnt zurücklegen muß, ohne starke neue revolutionäre Erschütterungen gehen wird. Diese müssen aber von unserem Volkskörper ferngehalten werden, wenn für Deutschland überhaupt die Möglichkeit bestehen soll, sich wieder emporzuarbeiten.

Ein Amerikaner sagt einmal: „Heute steht noch nicht fest, wer den Krieg in Wahrheit verloren hat. Mit zerschundenen Köpfen sind alle Völker aus dem Kriege hervorgegangen. Wirklicher Sieg und wahre Niederlage sind erst nach Jahrzehnten festzustellen.“

Es kommt darauf an, welche seelischen Kräfte Sieg und Niederlage bei den einzelnen Völkern auslösen.“ Arbeiten wir mit an der politischen Erziehung und damit an einer größeren inneren politischen Einigung des deutschen Volkes; arbeiten wir mit an der Pflege der Gemütswerte und damit an der sittlichen Läuterung des deutschen Volkes. Dann ist es für unser Volk bestimmt noch nicht Abend; dann bilden die Vorgänge der letzten Jahre den Ausgangspunkt für einen langsamen, soliden und dauernden Wiederaufstieg und damit für den endgültigen Sieg des deutschen Volkes.

Für das Bismarcksche Reich wurde das Wort geprägt: „Es fand ein großer Staat ein kleines Volk.“ Machen wir für die Gegenwart wahr, daß ein kleiner Staat ein großes Volk findet.



Deutsche Arbeit.

Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft

Die „Deutsche Arbeit“ wurde im Jahre 1916 gegründet und zählt heute zu den besten sozialpolitischen Zeitschriften Deutschlands. Die „Deutsche Arbeit“, die führende Zeitschrift der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, hat in ihrem Einführungsheft u. a. folgendes versprochen:

„Was die Funktionäre unserer Bewegung in der Praxis ihrer Arbeit an Einblick und Tatsachenerkenntnis gewinnen, und was da fort und fort, gleich Samenförnern an Ideen und praktischen Einzelvorschlägen in den Verbandszeitschriften unserer Organisationen verstreut sich vorfindet, will die „Deutsche Arbeit“ sammeln, sichten und besprechen, wie auch sozialpolitische Anregungen in den wissenschaftlichen Fachzeitschriften und in Kongressverhandlungen oder in Gesetzesanträgen des In- und Auslandes von uns gewissenhaft registriert und zur Grundlage weiterer Arbeit genommen werden sollen.“

**Als unser Bemühen soll einmünden in
das große Ziel, in dem wir uns zu treffen
glauben mit den Besten unserer Nation:
ein Volk zu schaffen, gesund an Leib und
Seele, dessen Sinnen und Trachten nach
höchster Vollendung strebt.**

Wir wollen nicht nur Beiträge liefern zur Praxis des Organisationswesens, sondern wir werden auch bestrebt sein, tiefere Einblicke in das Wesen von Staat und Gesellschaft zu gewähren, um dadurch das Werkzeug zu liefern für weitere Volksbildungsarbeit.“

Dass unsere Zeitschrift das Richtige getroffen und ihre Versprechungen gehalten hat, beweist die immer größer werdende Bezahlerziffer; dass sie nicht erlahmen und auch fernerhin ein zielsicherer Führer zum sozialpolitischen Aufstieg bleiben wird, dafür sorgt der Stamm berufener Mitarbeiter und die Träger der Zeitschrift, die in Sturm und Drang erprobten Führer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen. Probehefte stehen gegen Vergütung der Versandkosten zur Verfügung.

Verlag Deutsche Arbeit

Berlin-Wilmersdorf

Kaiser-Allee 251

Bibliothek der FES



1118804

Demnächst erscheint eine Schriftenreihe
in zirka 10 Hefen unter dem Titel

Hand- u. Geistesarbeit

herausgegeben von

Adam Stegerwald

Staatsminister a. D.



Verlag Leonhard Simion Nf., Berlin W 57